

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 2 (1888)

49 (25.4.1888)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-190089](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-190089)

Norddeutsches Volksblatt.

Abonnement:

bei Vorauszahlung frei in's Haus:
 vierteljährlich . . 1 M. 50 Pf.
 für 2 Monate . . 1 " " "
 für 1 Monat . . 50 " "
 excl. Postbestellgeb.

Zeitschrift für freisinnige soziale Reform,
 für Politik und Unterhaltung.

Erscheint

jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.

Inserate:

die vierpaltige Zeile 10 Pf.,
 bei Wiederholungen Rabatt.

Redaktion: Emil Fischer; Druck und Verlag: F. Kühn Bant-Wilhelmshaven.

Die Ausweisungen aus der Schweiz.

Zu den Ausweisungen aus der Schweiz schreibt die „Volks-Zeitung“:

Wie wir mitgeteilt haben, hat der schweizerische Bundesrath in Bern Eduard Bernstein, Julius Rotteler, Leonhard Tauscher und Schlüter aus der Schweiz ausgewiesen. Damit ist die Revanche für die Enthaltung der Rodspigel Haupt und Schröder genommen. Und auch über die Zwecke dieser Revanche hinaus ist ein langerechter Schlag gelungen. Bereits vor Jahr und Tag demüthigte der Polizei-Inspektor Krieter in seiner Schrift über die „Geheime Organisation der sozialdemokratischen Partei“ die genannten Persönlichkeiten wie folgt:

Dem Parteivorstande (der angeblich nach der Behauptung des Herrn Krieter aus fünf sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten bestehen soll) zur Seite stehen die sogenannten Parteisekretäre, welche in Zürich die Parteifonds, die Druckerei, die Schriften-Niederlage und das Parteiarchiv verwalten. Die Zahl der Sekretäre beträgt ebenso wie die Zahl der zum Parteivorstande gehörenden Reichstagsabgeordneten fünf. Es sind dies:

- 1) der Redakteur des „Sozialdemokrat“, zugleich Korrespondent für alle inneren Parteianglegenheiten, z. B. Herr Eduard Bernstein;
- 2) der Verwalter der Schriften-Niederlage, zugleich Kassier des Parteiarchivs, z. B. der vormalige Schulmaler J. Schlüter;
- 3) der Leiter des Schriftverlages (der „rothe Postmeister“, wie der Herr sich selbst zu nennen beliebt), zugleich Verwalter der Expeditionskasse, z. B. der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Rotteler;
- 4) und 5) die beiden Faktoren der Druckerei, welchen zu gleicher Zeit die Verwaltung der übrigen Fonds (Klingstrichen, Unterstützungs- und Diätenfonds) übertragen ist, z. B. die Herren Fischer und Tauscher, von denen der erstere als Vertreter der „Administration des Sozialdemokrat“ auf dem Kopenhagener Kongresse über den Stand des Blattes Bericht erstattete.

Man sieht, die Proskriptionsliste der preussischen Polizei stimmt fast ganz genau mit der Ausweisungsliste des Berner Bundesraths überein. In noch deutlicheres Licht treten die Antriebe, welche den schweizerischen Bundesrath bei seinen neuesten Ausweisungen geleitet haben, wenn man in einem von ihm am 12. März d. J. an die schweizerische Bundesversammlung erstatteten Bericht die nachfolgenden Sätze liest und erwägt:

Was die Organisation des „Sozialdemokrat“ betrifft, so behaupten dessen Chefs, daß seine Gründung aus einer Spaltung im Innern der deutschen sozialistischen Partei herorgegangen sei, indem die anarcho-republikanische Faktion, welche die „Freiheit“ von Most als Organ hatte, nicht mehr harmonierte mit der „Gottinger Schule“, welche den „Sozialdemokrat“ publizierte. Die letztere Faktion erklärt, daß sie nur mit gesetzlichen Mitteln den Sieg ihrer Ideen erreichen wolle und daß sie die Propaganda der That, den Gebrauch von Dynamit zc. zurückweise. Die Nummern, welche wir vor Augen hatten, bestätigten im allgemeinen diese Thesen. Man sagt, daß in Deutschland andere Exemplare oder Publikationen verbreitet würden, welche den gleichen Ursprung hätten, aber eine ganz andere Sprache führten. Uebrigens ist dieses eine Vermuthung, über welche uns bis jetzt keinerlei Aufklärung zugekommen ist. Wir fügen nur noch bei, daß die Zentralkommission des „Sozialdemokrat“ in der Hand des Parteivorstandes und der Parteisekretäre von zusammen zehn Personen liegt, welche sämmtlich Angehörige des Deutschen Reiches sind. Der „Sozialdemokrat“ erscheint einmal in der Woche; er hat beinahe keine Abonnenten in der Schweiz und ist einzig mit Rücksicht auf Deutschland geschrieben, wo er heimlich eingeführt und vertheilt wird, wie man behauptet in einer Auflage von 10—12000 Exemplaren. Seine Sprache, im allgemeinen heftig und oft beleidigend, wenn auch vielleicht nicht in dem Grade wie bisweilen diejenige französischer und selbst schweizerischer Blätter, welche in dieser Beziehung jedes Maß überschreiten, hat dazu geführt, die deutschen Behörden auf's Tiefste zu verstimmen.

Der schweizerische Bundesrath erklärt in diesem amtlichen, erst vor wenigen Wochen abgefaßten Bericht also selbst, daß der „Sozialdemokrat“, wenigstens im „Allgemeinen“, nur mit gesetzlichen Mitteln den Sieg seiner Ideen erreichen wolle, und daß seine Sprache, obgleich

„im allgemeinen heftig und oft beleidigend“ sei, doch noch nicht das Maß der französischen und schweizerischen Pressfreiheit erschöpfe. Nach kaum 5 Wochen aber hält derselbe Bundesrath die Herausgeber und Mitarbeiter des Blattes für so gemeingefährliche Leute, daß er sie vom Boden der Schweiz vertriebt. Woher diese merkwürdige Sinnesänderung? Von einer veränderten Haltung des „Sozialdemokrat“ kann sie unmöglich herrühren, denn eine solche ist schlechterdings nicht eingetreten, wie die letzten fünf oder sechs Nummern des Blattes beweisen. Oder sollte „man“ dem Berner Bundesrath Exemplare des „Sozialdemokrat“ vorgelegt haben, welche für die Verbreitung in Deutschland bestimmt, eine „ganz andere Sprache“ führen, als die in der Schweiz verbreiteten? Das wäre ja höchst merkwürdig, obgleich nicht unmöglich. Vielleicht hat Rodspigel Schröder von den Geldmitteln, mit denen er die „Freiheit“ drucken ließ, so viel übrig behalten, um nun auch einen gefälligen „Sozialdemokrat“ drucken zu lassen und sich so an seinen „Enthüllern“ zu rächen. Ist dem aber nicht so, dann bleibt nur die „tiefste Verstimmung der deutschen Behörden“ als Erklärungsgrund der neuesten schweizerischen Ausweisungen übrig.

Die „tiefste Verstimmung“ kennen und begreifen wir. Der „Sozialdemokrat“ wollte eben nach dem Zeugniß des schweizerischen Bundesraths den Sieg seiner Ideen „nur mit gesetzlichen Mitteln“ erreichen und dies war nach einer gewissen, einmal im Reichstage von „faotemännischer“ Seite ausgesprochener Auffassung nicht „konsequent“. Rodspigel Schröder wäre nie auf den Gedanken verfallen, daß er sich insinuiren könnte, wenn er aus den ihm zur Verfügung stehenden Geldmitteln die Druckerei des „Sozialdemokrat“ unterstützte. Denn wenn ein Spitzelhirn auch nicht klüger ist, als ein Spazehirn, so muß es ihm doch klar sein, daß ein Blatt, welches die Interessen einer unterdrückten und verfolgten Partei geschickt und rücksichtslos vertritt, den unterdrückten und verfolgten „Staatsmännern“ zur tiefsten Verstimmung gereichen muß.

Ob dieser unheillichen Lage durch den vom Berner Bundesrath gegen den „Sozialdemokrat“ geführten Schlag ein Ziel gesetzt werden wird, will uns fraglich erscheinen. Gewaltfreie dieser Art haben sich noch regelmäßig als Schläge ins Wasser erwiesen. Dieses dürfte auch der schweizerische Bundesrath wissen, aber er antwortet vielleicht mit einer leichten Aenderung des bekannten Fabelverses: denn „man“ ist groß und ich bin klein. Nun, so wird „man“ sehr bald erfahren, daß „man“ den „Sozialdemokrat“ nicht getödtet hat, und auch nicht tödten kann, indem man heldenhafter Weise einige seiner Angestellten um ihre Erbsen bringt. Der „Sozialdemokrat“ ist nicht mehr und weniger, als ein Erzeugniß des Sozialistengesetzes; so wie er ist, konnte er nicht acht Tage nach Aufhebung dieses Gesetzes mehr bestehen, während er, so lange dies Gesetz besteht, bleiben wird, was er ist und war, gleichviel, ob er hier oder dort erscheint und von diesen oder jenen Personen herausgegeben wird. Könnte es den Handbären des Sozialistengesetzes gelingen, den „Sozialdemokrat“ zu tödten, so könnte auch die Ursache ihrer Wirkung tödten oder — um ein näher liegendes Beispiel anzuführen — so könnte sich auch Wänthausen am eigenen Poppe aus dem Sumpfe ziehen.

Politische Hundschau.

Berlin. In einer recht lebhaft verlaufenen Versammlung von Freunden der Vetheiligung an den Kommunalwahlen, welche auch von Gegnern derselben zahlreich besucht war, wurde beschlossen, eine große Volksversammlung einzuberufen, um über die Streitfrage zu debattiren und Beschluß zu fassen. Die Volksversammlung hat gestern (Montag) stattgefunden und werden wir die Beschlüsse derselben in nächster Nummer mittheilen.

— Abgeordnetenhans. Die Rothhandsvorlage und das Schullastengesetz wurden in dritter Lesung mit einigen Modifikationen angenommen.

— Der Reptilienfonds macht gegenwärtig wieder viel von sich reden. Im Jahre 1888 wurde bekanntlich das Vermögen des Königs Georg von Hannover mit Beschlag belegt und in der Beschlagnahmeverordnung der Regierung die Befugniß verliehen, aus den Einnahmen des sequestrirten Vermögens nicht bloß die Kosten der Verwaltung, sondern auch die Kosten „von Maßregeln zur Ueberwachung und Abwehr der gegen Preußen gerichteten Unternehmungen des Königs Georg und seiner Agenten“ zu befreiten. Diese der Regierung ertheilte Vollmacht wurde im preussischen Landtage unter Hinweis auf die damals gegründete Westlegion durchgesetzt. Das sequestrirte Vermögen beläuft sich auf 40 bis 48 Millionen Mark. Dieses Vermögen ist zumeist in preussischen Staats-

papieren angelegt. Der nach Deckung der Verwaltungskosten und Bestreitung des Wittwums der Königin Marie und der Hannoverischen Prinzeßinnen übrig bleibende Betrag ist auf mindestens eine Million Mark jährlich zu veranschlagen. Keinerlei Rechnungslegung findet über die Veranschlagung dieser Summe statt, weder vor dem Landtag, noch vor der Oberrechnungskammer. Die Beschlagnahmeverordnung schließt freilich nur die Rechnungslegung vor den Nachkommen des Königs Georg aus. Die Regierung aber giebt der Beschlagnahmeverordnung die Auslegung, daß, da es sich nur um Privatvermögen eines Dritten, nicht um öffentliche Gelder handle, auch eine Rechnungslegung vor dem Landtag und der Oberrechnungskammer nicht statuffinden brauche. Und doch werden die Summen verwandt zu politischen Zwecken, und zwar zu Zwecken ganz unkontrollirbarer Art. Wie viel von diesen Geldern mag zur Speisung der Zeitungspretilien und sonstiger feiler Subjekte verwandt werden!

— Die Verurtheilten im Berliner Sozialistenprozess, Maurer Ferkel, Etmüdger Jahn, Tischler Schmidt, Maurer Wilschke, Tischler Seelig, haben am Freitag ihre Haft in Kummelsburg angetreten. Schlosser Apelt hat wegen seines Gesundheitszustandes einen Aufschub beantragt. Bei dem Richter Scholz und dem Schlosser Neumann wurde die Strafe bekanntlich durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet. In vier Wochen, gerade zu Pfingsten, werden die erstgenannten fünf wieder in Freiheit sich befinden.

— Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung am Donnerstag über die im § 6a des Volksschullastengesetzes vorgesehene Abänderung der Verfassung gestaltete sich nach den amtlichen Listen in folgender Weise: Mit Ja stimmten 77 Conservative, 71 Centrumsmitglieder, 35 Freisinnige, 10 Nationalliberale, 4 Freiconservative, 13 Polen und 5 sogenannte Wilde. Mit Nein stimmten 48 Nationalliberale, 41 Freiconservative, 16 Conservative und 3 Wilde, darunter die beiden Minister Dr. Lucius und v. Waboch.

— Aus dem Reichsversicherungsamt. In Bezug auf die Berechnung der Rente fällt das Reichsversicherungsamt am 14. d. M. eine Entscheidung von wichtiger und grundsätzlicher Bedeutung. Einem Maurer, der durch einen Sturz vom Gerüst einen komplizirten Beinbruch erlitten hatte, war von der Berufsgenossenschaft eine Rente von 60 Pct. bewilligt worden. Bei Ermittlung des für die Rentenberechnung maßgebenden letzten Jahresverdienstes war dieselbe folgendermaßen verfahren: Sie ging davon aus, daß das Jahr zu 300 Arbeitstagen anzunehmen sei. Da der Verletzte thatsächlich im letzten Jahre nur an 153 Tagen Arbeit gehabt hatte, wurde für diese der wirklich verdiente Lohn in Rechnung gestellt, für die übrigen 147 Tage hingegen wurde nicht der Lohn eines Maurers, sondern der erheblich niedrigere ortsübliche Tagelohn eines gewöhnlichen Arbeiters hinzugerechnet. Gegen diese Berechnungsmethode legte der Verunglückte Berufung ein und verlangte, daß für das ganze Jahr der durchschnittliche Tagelohn, den er als Maurer verdient habe, ihm berechnet werde. Vom Schiedsgericht abgewiesen, erbot er Rekurs, welchen das Reichsversicherungsamt für begründet erachtete. Dasselbe stellte den Rechtsgrund auf: daß auch bei denjenigen Arbeitern, welche, wie die Maurer, nicht ununterbrochen während des ganzen Jahres, sondern nur zu gewissen Zeiten regelmäßige Arbeit haben, der Jahresverdienst durch Vervielfältigung des durchschnittlichen Tagelohns mit 300 zu ermitteln ist, und erhöhte demgemäß dem Klageantrage entsprechend die dem Kläger zu zahlende Rente.

— Ueber ein merkwürdiges Ereigniß berichtet der „Bauhändler“ aus Königsberg: Die dortigen Zimmergesellen beabsichtigen, in diesem Frühjahr in die Lohnbewegung einzutreten und hatten zu diesem Zwecke eine Lohnkommission gewählt, welche an die Meister mit folgenden Forderungen herangetreten ist: Erhöhung des Stundenlohnes von 27 auf 35 Pfg., Ueberstunden 45 Pfg. und einen zehnstündigen Arbeitstag. Die Zimmergesellen wollten sich mit diesen Forderungen einverstanden erklären, wenn die anderen Zimmermeister und Baunternehmer sich verpflichten würden, diese Forderungen ebenfalls zu bewilligen. Die Lohnkommission berief deshalb ein öffentliche Versammlung ein, zu welcher diese Herren speziell eingeladen waren, jedoch verlief dieselbe resultatlos, indem nur drei Baunternehmer erschienen waren. Eine zweite Versammlung hatte dasselbe Schicksal. Die Lohnkommission wandte sich nun an den Regierungspräsidenten und dieser veranlaßte, daß die Nichtnennungsmeister und Baunternehmer eine polizeiliche Vorladung erhielten. Herr Kriminal-Kommissarius Wötcher setzte denselben in längerer Rede die Forderungen der Kommission auseinander, erklärte dieselben für gerechtfertigt und forderte die Anwesenden auf, dieselben zu bewilligen und ein

diebesbüchliches Protokoll zu unterzeichnen, was von sämtlichen Vorbehalten gefah. Auf diese Weise ließen sich die Streiks ohne „Buttammer'sche Rezepte“ beseitigen.

Unter den Berliner Webern herrscht in Folge des Sinkens der Preise und der zunehmenden Arbeitslosigkeit gegenwärtig ein Notstand, der Gegenstand polizeilicher Erhebungen in Folge des Umstandes geworden ist, daß sich eine ganz ungewöhnlich große Zahl von Webern mit Wittgeschunden an den Kaiser gewendet hat. Im Laufe der vorigen Woche haben sich die Polizeilicentanten verschiedener Reviere des Ostens bei den Arbeitgebern nach der Höhe des Verdienstes der Arbeiter und nach den Arbeitsverhältnissen erkundigt, wobei sich ergab, daß der Wochenlohn in manchen Fällen nicht mehr als 7 bis 9 Mark pro Woche beträgt, bei einer übermäßig ausgedehnten Arbeitszeit, und daß durch die vielfache Beschäftigung von Mädchen sehr viele Weber außer Arbeit sind. In welchem Verhältnisse die Löhne zurückgegangen sind, zeigt z. B. die Thatsache, daß für den Meter 2er „Seibund“ jetzt nur noch 90 Pfennig (!) Arbeitslohn gezahlt werden, während der Arbeitslohn vor sechs Jahren 2 Mark 10 Pfennig betrug. Nachdem jetzt in Erfahrung gebracht worden ist, daß polizeiliche Erhebungen über die Verhältnisse in der Weberei in breitem Umfange als Folge der zahlreichen Wittgeschunden an den Kaiser ange stellt werden, bereitet sowohl die Innung als die „Stuhl- arbeiter-Vereinigung“ weiter geeignete Schritte (Eingaben, Berathung) vor, welche eine direkte Staatshilfe herbeiführen sollen. Keinen Bezug hat die vorstehende Schilderung auf die größeren Dampfwereiden, in welchen der Arbeiter immerhin vielfach zwischen 15 und 21 Mark beträgt. Doch besteht auch hier eine starke Konkurrenz der billigeren weiblichen Arbeitskräfte. Manche Fabrikanten lassen zudem auswärtig arbeiten und bauen z. B. in bayerischen und böhmischen Landorten Fabriken, in welchen 8 Mark Wochenlohn gezahlt wird! Die Verhältnisse der Berliner Weber werden dadurch geradezu trostlos.

Ueber das Befinden Wilhelm Hasenclevers sind wir in der Lage, folgenden Brief des Chef-Arzt's Herrn Doktor Zahrtow, den derselbe unter dem 1. April an die Frau des bebauernswürthen Vorkämpfers für die Arbeiterfrage gerichtet hat, veröffentlicht zu können. Der Brief lautet: „Sehr geehrte Frau! Ihr Gemahl hat sich in den letzten Wochen körperlich etwas mehr erholt, obwohl bei der großen, anhaltenden Unruhe desselben ein gutes körperliches Befinden nicht zu erwarten ist. Er befindet sich den ganzen Tag unter seinen Mitpatienten, geht auch bisweilen für kurze Zeit ins Freie und entleidet sich nicht mehr so früher. Zu einer leichten geistigen Beschäftigung ist er nicht zu bewegen gewesen, er rührt fast den ganzen Tag laute Selbstgespräche, spricht Alles mit durch einander und ist stets heiterer, gehobener Stimmung. Auch der Schlaf des Herrn Patienten ist ein wesentlich besserer, schon nach leichten Mitteln verbringt er den größten Theil der Nacht ruhig und in festem Schlummer.“ Auf eine wirkliche Besserung des geistigen Zustandes ist wohl kaum noch zu rechnen.

Unter „Neue Taktlosigkeiten“ berichtet die „Magdeb. Ztg.“ von häßlichen Bemerkungen der Kartell- presse, nach welchen bei dem bevorstehenden Besuche der Königin von England in Berlin es nötig werden möchte, besondere Polizeimaßregeln zu ergreifen, um die genannte Dame vor Gefahren zu schützen, und bemerkt dazu: „Die deutsche Nation wird es niemals gutheißen, daß von Junkern und Pfaffen, die sich in ihrem Einflusse bedroht fühlen, aufgehobene Massen haben das Forum bilden, wo über unsere Beziehungen zu auswärtigen Mächten und Höfen abgeurtheilt wird. Charakteristisch ist es, daß Klagen über weibliche Einflüsse

auf unsere Politik und dreiste Angriffe auf die höchsten Persönlichkeiten jetzt gerade von einer Seite kommen, die sich sonst der Pflege deutscher Sitten und Tugenden stets so laut zu rühmen pflegte und die monarchische Bestimmung in Erbpacht zu haben meinte.“

Die „Magdeb. Ztg.“ hätte diese durchaus korrekte Abwehr an die Adresse der Presse ihrer Partei richten sollen; denn grade diese ist es, welche in widerlicher Knechtseligkeit den Junkern und Pfaffen sich zu Füßen wirft und in feiger Selbstherrlichkeit freiwillig die Geschäfte dieser beforat.

Der Rückgang des Kleingewerbes ist eine so offenkundige Thatsache, daß selbst den Justizheiligen allgemach bange werden dürfte. In Hermannstadt, ein- mal an der Dampfstadt des siebenbürgischen Sachsen- landes einen Besuch beizubringen, gab es:

im Jahre 1844 im Jahre 1887

Stutmacher . . .	31	16
Lebener . . .	18	8
Riemer . . .	23	18
Tuchmacher . . .	39	16

41 Wollweber waren im Jahre 1844 noch in Hermann- stadt; heute existirt kein einziger mehr. Der Herr Groß- kapital schlägt die kleinen Handwerkmänner erbarmungs- los zu Boden. Was für eine grenzenlose Vernichtung gehört dazu, gegenüber solchen Fesseln von einer Zukunft des Kleinbetriebes zu schwächen? Bauernfang, nichts als Bauernfang!

Hamburg. Die Hamburger Flugblattaffäre betreffend, in welcher bekanntlich 34 Personen verhaftet wurden, theilt das „Hamb. Echo“ mit, daß 28 Verhaftete nunmehr aus der Haft entlassen wurden, nachdem dieselben fast vier Wochen in Untersuchungshaft gewesen sind. So- mit verbleiben noch sechs inhaftigt.

Hamburg. Vor einiger Zeit wurde aus Arbeiter- freisen mit Antihelmscheinen à 6 M. hier in Hamburg eine Vereinsbäckerei gegründet und eröffnet. Man ging von der Ansicht aus, daß die Bäcker das Publikum über- vortheilen und man für diesen Uebervorteil sich genossen- schaftlich selber billigeres und besseres Brot verschaffen könne. Solche Bestrebungen entstehen, wie es scheint, immer in einer Periode der triumphirenden Reaktion. In eben solch- trüber Zeit, anfangs der 50er Jahre, entstanden auch in Hamburg die Konsumvereine und die Volkshaus, zumeist von Demokraten mit sozialistischem oder gar kommunistischem Anstrich gegründet. In diesen Instituten herrscht jetzt das verobohrteste Philistertum. Wenn die Vereinsbäckerei, die jetzt von gefinnungstüchtigen Arbeitern gegründet wurde, prosperirt, so wird auch sie in absehbarer Zeit sich dem Verhängnis des Schulze-Dehlig'schen Krämerthums nicht entziehen können, was freilich nicht verhindert, daß sie jetzt allerlei kleinlichen Anfechtungen ausgesetzt ist. Bei den Verwaltungsbeamten wird polizeilich hausgesucht, Engros- händler verweigern, aufgetaucht von den jüngsten Bäcker- meistern, die Lieferung von Mehl u. s. w. Ja, man ist sogar so weit gegangen von Seiten der Konkurrenz, stellen- weise die Brotbeutel, welche man hier des Abends auf den Stagen vor die Thüren hängt, des Vereinsbäckereibrottes zu entleeren und durch absichtlich schlecht bereitete, mit Sand u. vermischtes Gebäck zu ersetzen. Solches kleinliche Gebahren kann natürlich nur dazu beitragen, die neugebaute Vereins- bäckerei zu fördern und vorwärts zu dringen, was wir ihr vorläufig auch wünschen, wenn wir auch im Grunde des Herzens mit solcher genossenschaftlichen Quacksalberei durch- aus nicht einverstanden sind.

Gera, 18. April. Gestern Abend fand im Saale der Tonhalle hier eine von einigen tausend Personen be- suchte Volksversammlung statt, in welcher die Lage der Arbeiter, insbesondere der Maurer besprochen werden

solte. Kaum war aber das Bureau gebildet und als erster Vorsitzender Herr Krüger gewählt worden, so löste der Oberwachmeister Tewes die Versammlung auf Grund des Sozialistengesetzes auf, weil der Vorsitzende Herr Krüger schon mehrfach wegen Ueberschreitung der Rede- freiheit mit dem Strafgesetze in Berührung gekommen sei, eine Motivierung, welche auch Nichtsozialisten sehr über- raschte. Donnernde Hochrufe auf die Sozialdemokratie beantworteten die Auflösung. Der Saal leerte sich erst, als Herr Krüger, der sich nochmals von dem Polizei- beamten das Wort erbeten hatte, die Versammlung zum ruhigen Auseinandergehen aufforderte. Doch setzten sich die Massen auf dem Theaterplatz fest und erst einer von der Polizeihauptwache heranrückenden Verstärkung von Schutzleuten gelang es, die Menge zu zerstreuen. Zahl- reiche Verhaftungen wurden vorgenommen, selbst der Berichterstatter eines hiesigen Blattes entging nur mit Mühe der Festnahme.

Aus dem Kreise Cleve (Regierungsbezirk Düssel- dorf) meldet ein Bericht der Lokalbehörde an die Regierung über die Wohnungsverhältnisse u. a.: In Cleve und Goch fehlen an vielen Miethwohnungen des Proletariats die Abtritte, die Stuben sind nicht geheizt, die Ventilation ist äußerst mangelhaft und die Wohnungen sind häufig so be- schränkt, daß die Trennung der Geschlechter während der Nachtzeit nicht durchführbar ist. Bei einzelnen Wohnungen in Cleve wurde derselbe Raum von zwei kinderreichen fami- lien gemeinschaftlich benutzt, die Gänge durch einen Kreisestrich bezeichnet. Die Miethpreise des Proletariats- wohnungen sind wöchentlich erhoben und betragen 60 Pf. bis 1,50 M. Dieser hohe in seinem Verhältnisse zum Nutzungswerte stehende Miethpreis erklärt sich aus der Unsicherheit des Einganges und aus der Abgrenzung vieler Hausbesitzer, sich mit dem Proletariat einzulassen. Wie die Behörde selbst erklärt, wohnen die Armen sehr theurer, theurer als die Reichen. Einfach schrecklich!

Schweiz.

Zürich, 22. April. Eine heute hier abgehaltene Pro- testversammlung war der „Magd. Ztg.“ zufolge von etwa zweitausend Personen besucht, darunter zahlreiche Neugierige, Vogelfänger (Redacteur des „Grünländer“) hielt eine sehr scharfe, beifällig aufgenommene Rede gegen den Bundes- rath. Einstimmig ward eine Resolution angenommen, welche erklärt, die Ausweisung sei eine Verletzung des Asyl- rechts und das unswweizerische Rathgeben gegenüber den ungerechten Forderungen und demüthigenden Drohungen der fremden Regierung sei eine Schande. Hierauf ward ein Zug durch die Stadt veranstaltet. Die Bevölkerung ver- hielt sich gleichgiltig, so daß es zu keiner Aufbebung kam. Die Ausgewiesenen veröffentlichten ein Rechtfertigungsflug- blatt, worin sie den Untergang der Schweizer Freiheit prophezeien.

Gegen die Ausweisung der in der Redaktion des Züricher „Sozialdemokrat“ beschäftigten Personen soll in dem Schweizer Bundesrath nur Herr Ruchonnet aus dem Kanton Waadt gestimmt haben. Die übrigen Mitglieder des Bundesraths sind der Präsident Herr Droz (Neuchâtel), der Vicepräsident Herr Hertenstein (Zürich), Dr. Schent (Bern), Dr. Welli (Gargau), Hammer (Solothurn), Dr. Deuchler (Thurgau).

Zürich. Der „Sozialdemokrat“ schreibt: „Die Aus- weisung übertrifft nicht; aber das Blatt bleibe den Ge- wessen auf alle Fälle erhalten. Täglich wird als unbe- theiligt am „Reihen Teufel“ nach Deutschland kommen. Von demokratischer Seite werden protestirende Demon- strationen gegen die Ausweisung geplant. — In den Motiven zu der Ausweisung heißt es: „Trotz der Ver- warnung wurde eine aufreizende Polemik und die Angriffe

Im Sturm des Lebens.

Roman von M. Wibdern.

(Fortsetzung.)

Und nun sich selbst in die Sophaecke gleiten lassend, deutete die Intendanturkassierin mit der Hand auf den alten bequemen Sessel: „Da lassen Sie sich nieder, Herr, Ihre Sachen können Sie ja nachher in das Nebenzimmer tragen.“ Das junge Mädchen hatte sich schnell der winterlichen Hüllen entledigt, und erschien jetzt in dem enganliegenden braunen Wellenleid noch grazioser und lieblicher. Ihre Figur war zart und doch voll; zu dem feinen Gesichtchen mit dem seltsamen Teint, der an die Härlichkeit der Thee- rose erinnerte, den großen träumerischen, schwarzen Augen barmherzige das ganze velle tiefdunkle Haar, auf dem ein fast blaälicher Glanz ruhte.

Es war zum Malen schön, das zärtliche, so fremd- ländisch erscheinende Mädchen und die Augen der alten Frau hingend denn auch entzückt an der holdseligen Gestalt — dem süßen Gesicht ihres Lieblings, der, die Handfläche von den feinen, jetzt aber roth getrockneten Fingern ziehend, in weidern, zärtlichem Ton erwiderte:

„D, Frau Käthlin, bitte, lassen Sie mich nach wie vor arbeiten: Meine Schülerin sind Sie ja doch und meine Wohlthäterin dazu. Mir aber giebt die Arbeit ein gewisses Selbstbewußtsein und gewährt mir Trost, wenn auch nicht vollkommenes Vergessen — und dann — ach, Frau Käthlin, ich — ich muß auch sparen!“

Da waren sie wieder, diese Andeutungen, wie sie so oft, manchmal wohl absichtslos über Margots Lippen kamen und eigentlich föhrend in die aufrichtige Jumeigung der Matrone zu dem Mädchen fielen!

Die alte Käthlin war gewiß nicht neugierig, der Ernst des Lebens hatte diese Charaktereigenschaft längst in ihr erstickt, aber es fränkte sie doch, daß Margot ihr wie von dem Vergangenen erzählte und trotzdem nicht unterließ, immer wieder anzudeuten, daß sie Schweres erlitten,

trotz ihrer Jugend schon von bitteren Schicksalen sprechen konnte.

Aber sie verrieth wie stets so auch jetzt nicht, daß sie die Rede des Schütlings befremdete und nur, um schnell auf ein anderes Gesprächsthema zu kommen, sagte sie nun, während sie das lockende Wasser in die Theekanne goss:

„Aun, Liebe, ich will ja auch nicht in Sie bringen, meine Wünsche zu erfüllen, weiß ich doch auch aus eigener Erfahrung, ein wie großer Segen in der Arbeit liegt! . . . Apropos,“ fuhr sie dann fort, „Sie haben jetzt aber wohl ungewöhnlich viel im Geschäft zu thun, die heran- nahende Weihnachtszeit wird sich wohl in der Damen- konfektionsbranche und besonders in Ihrem Geschäft be- merkbar machen.“

Das junge Mädchen nickte: „Gewiß,“ sagte sie, „und besonders von außerhalb und von Seiten der reichen, vornehmen Bestzer aus der Nachbarschaft werden große Anforderungen an unsere Leistungsfähigkeit gemacht. . . Denken Sie nur, Frau Käthlin,“ setzte sie dann lebhafter, als es sonst ihre Weise, hinzu — „so wurde vorgestern von einer Gräfin Anca Herzfeld ein schwarzes Spitzen- kostüm für sechstausend Mark bestellt. Die Dame wohnt im Palais Treuden — sie soll eine geborene Comtesse dieses Namens sein — und ich wurde von dem Chef dazu ausersuchen, nach der Thiergartenstraße zu fahren und ihr heute die fertig gestellte Toilette zu über- bringen.“

„Ah —! Und haben Sie die Gräfin Herzfeld selbst gesehen?“ fragte die Käthlin in hohem Grade interessiert. Und während sie dann langsam für Margot ein Bröckchen mit goldgelber Butter strich, fuhr sie fort:

„Sie müssen nämlich wissen, Gräfin Herzfeld ist noch vor zehn Jahren die berühmteste Schönheit unterer vor- nehmen Welt gewesen, viel umworbener wie keine andere Dame sonst, aber man sagt ihr nach, sie sei nicht bloß die schönste, sondern auch die stolteste Frau. Schon damals war sie Wittve und lebte seit dem Tode ihres greifen Gemahls, der eine hohe militärische Stellung eingenommen,

bei ihrem zur Zeit noch unvermählten jüngeren Bruder, dem immens reichen Grafen Guido von Treuden.“

„Auch ich hab' ich gesehen!“ erwiderte das junge Mädchen schnell und sonderbarer Weise färbte schattenhaft ein tiefes Roth das feine Gesicht.

Die Matrone sah befremdet zu ihr hinüber: „Sind Sie von dem vornehmen Namen belebigt worden, oder hat das gräfliche Geschwisterpaar Ihnen auf zu bemer- kliche Weise den Unterschied zwischen ihrer gesellschaftlichen Stellung und der kleinen Modistin gezeigt?“

„Nein, nein, Frau Käthlin! Im Gegentheil, die Gräfin war überraschend lieb und gut mit mir, ich empfand nichts von Stolz und Ueberhebung und was den Grafen anbetrifft, nun, so benahm auch er sich nur wie ein ge- bildeter Mann gegen eine gebildete Frau, wenn auch andererseits wieder etwas in seinem Wesen lag, was mich befremdete, ängstigte!“

„Befremdete — ängstigte?“ Die Augen der alten Frau sahen erkrankt in das Gesicht ihres Gegenüber.

„Ja, Frau Käthlin: befremdete und ängstigte. Doch, Sie sollen Alles wissen, hören Sie nur: Graf Guido war im Boudoir seiner Schwester, als ich zu ihr geführt wurde und kaum war ich in seinen Gesichtskreis getreten, als ein sonderbarer unartikularer Laut über seine Lippen tönte, seine Hände erhoben sich und wie eine Geisteserscheinung mit weit offenen Augen starrte er mich an. Nachdem die Gräfin mich dann aber auf das freundlichste empfing, verbeugte auch er sich vor mir, höflich und chevaleresk. Aber als hernach die noch immer so schöne, vornehme Frau die überbrachte Robe befragte und manches Wort an mich richtete, das sich nur auf Toilettenfragen bezog, fühlte ich unausgesetzt seine großen, geistvollen Augen auf mir haften, so daß ich mich wie befreit fühlte, als die Gräfin mich endlich hieß, sie in das Toilettenzimmer zu begleiten, wo sie die Robe anprobiren wollte. . . .“

(Fortsetzung folgt).

gegen Personen im „Sozialdemokrat“ fortgesetzt. Dazu kam die Erklärung der Redaktion, sie halte an dem bisherigen Programm fest. Damit sei bewiesen, daß die Leiter des Blattes nur die eigene und der ausländischen Partei Konventionen berücksichtigen. Dadurch und durch die Herausgabe des „Roten Teufel“ habe man die Beziehungen zum Auslande gefährdet und die Gostfreundschaft mißbraucht.

Ueber obige Angelegenheit bringt die „Frankf. Ztg.“ noch folgenden Bericht:

Bern. Die Ausweisung der Sozialisten ist erfolgt nach Maßgabe von Art. 70 der Bundesverfassung; dem Bunde steht danach das Recht zu, Fremde, welche die innere oder äußere Sicherheit der Eidgenossenschaft gefährden, aus dem Schweizerischen Gebiete wegzujagen. Bernstein ist Chefredakteur des „Sozialdemokrat“ in Zürich; Schlüter, Chef der Verlagsbuchhandlung und Exprenter des „Sozialdemokrat“, Mottler, Expeditur des „Sozialdemokrat“; Tauscher, Direktor der Druckerei des „Sozialdemokrat“. — Wie man der „N. Z. Z.“ von hier mittheilt, hatte, nachdem der „Sozialdemokrat“ vom Bundesrath als verwermt worden, der Chefredakteur Bernstein dem zürcherischen Polizeidirektor schriftlich erklärt, der „Sozialdemokrat“ werde im Einzelnen gar keine Ausdrücke mildern, von seinen Grundrissen aber werde und könne der „Sozialdemokrat“ nicht abgehen.

Oesterreich.

Wien, 20. April. „Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses war die stürmischste und scandalöseste, welche ich jemals mitgemacht habe. Eine gewisse Bewegung herrschte bereits zu Anfang, als der Führer der gemäßigten Deutschen, Herbst, ausführte, daß die vorgelegten Aufstellungen des Finanzministers Dunajewski falsch seien. (Dunajewski hatte nachzuweisen gesucht, daß die jetzige österreichische Regierung sich ebenso auf die Deutschen, wie auf die übrigen Nationalitäten des Kaiserthums stütze. D. Red.) Später ward die Bewegung gesteigert durch eine maßlose Brochüre des Antisemiten Bergani und hernach durch das Verlangen des Abgeordneten Fuß, die Regierung solle öffentlich protestiren gegen den in Wien erscheinenden „Kerikal“, „Burggräber“, welcher Kaiser Friedrich beschimpfte.

Es folgte ein Duell zwischen Herbst und Taaffe anlässlich der Debatte über den Dispositionsfonds.

Alles Vorhergegangene war jedoch das reine KinderSpiel gegenüber den unerhörten Tumulten, welche der berüchtigte Abgeordnete Lueger entsetzte. Derselbe begann damit, sein Fraß für Taaffe einzugehen und die Linke anzugreifen, welche mit „Fui“ Rufen antwortete und in verschiedener Weise ihre Entrüstung ausdrückte. Dann verdächtigte Lueger die Opposition, daß sie mit gekrümmten Rücken die Ministerbank umschleide, Hinterzügen benütze und Vortheile einheime. Hier brach ein beispielloser Sturm los. Die gesammte Linke sprang von den Bänken auf; „Freiheit!“ — „Lüge!“ — „Verleumder!“ — „Erbschneider!“ — „Dinaus mit ihm!“ — „Wer belam etwas?“ — „Namen nennen!“ — „Be-weisen!“ Solche Rufe durchdrangen das Haus. Lueger will weiterreden, wird jedoch durch den Tumult daran verhindert; die Zwischenrufe gegen ihn rufen brausen den Beifall hervor. Weitlos nannte Luegers Verhalten schmachvoll; der Jungliche Gregar, mit erhobener Faust gegen Lueger deutend, schreit: „Sie sind eine Schande für die Demokratie, eine Schande für das Haus.“ Die ganze Linke bringt Gregar hierfür eine stürmische Ovation dar. Die Führer der Deutschen schütteln ihm die Hände. Gregar ruft nochmals erbittert gegen Lueger: „Schande, Schmach selbst demokratischen!“ Dr. Weitlos bezeichnet diese Verurtheilung Luegers als Volksergericht, jeder anständige Mensch müsse Lueger für einen Verleumder und Erbschneider erklären. In höchster Erregung spricht Graf Suez gegen Lueger.

Die tumultuarischen Szenen erneuern sich immer wieder, die Worte: „Insam!“ — „Flegel!“ — „Erbschneider Lueger!“ — „Verleumder!“ werden inmitten des fortwährenden Entrüstungsturms Lueger entgegen geschleudert, sobald er den Rärm überschreiten will. Nieger ruft: „Fui über solche Debatte!“ Der Standal hält an bis zum Schluß der Sitzung.

Holland.

Haag, 20. April. Das neue Kabinett ist nunmehr, wie folgt, ernannt worden: Baron Maday, Inneres; Buys, Justiz; Gabin de Beaufort, Finanzen; Gaizen, Auswärtiges; Reuchenius, Kolonien; Oberst Bergantius, Krieg; Dyerind, Marine; Havelaar, Arbeiten.

Griechenland.

Athen, 17. April. Der erste Sekretär des Schatzamtes wurde verhaftet. Es scheint, daß er dem Premier Tricupis beständig Vorstellungen machte, daß Geld im Schatzamte erforderlich sei. Tricupis schöpfe Verdacht, und eine von ihm angeordnete Untersuchung hatte das Ergebnis, daß eine Summe von 5 Millionen Franks entdeckt wurde, welcher in den Finanzausweisen des Sekretärs nicht Erwähnung gethan war. Es ist noch nicht aufgestellt, welcher Bestimmung das Geld dienen sollte.

Amerika.

New-York, 19. April. Die „Legislatur“ des Staates New-York nahm, der „Voss. Z.“ zufolge, mit 87 gegen 8 Stimmen eine Vorlage an, welche die Hinrichtung durch Elektrizität einführt. Die Annahme der Vorlage seitens des Senats gilt für gewiß.

Gewerkschaftliches.

Wilhelmshaven, 23. April. Die Lohnbewegung der hiesigen Schneider ist als beendet zu betrachten. Auch bei einigen unbedeutenden Reklamen ist in sämtlichen größeren Geschäften der von der Lohnkommission ausgearbeitete Tarif anerkannt. **Wandbeld.** Der Streik der hiesigen Maurerarbeitersleute dauert ununterbrochen fort. In der letzten Versammlung wurde von allen Rednern betont, daß man entschlossen an den gestellten Forderungen festhalten müsse und auch demgemäß einstimmt beschlossen, obwohl die Anwesenden sich wohl bewußt waren, daß für manchen der Streikenden das Ausbleiben bei jeder Zeit recht schmer sei. Die Maurermeister haben jedoch ebenfalls an ihrem Beschlusse fest, die Forderungen nicht zu bewilligen, doch sehen die Arbeiter darin noch keinen Grund, die Pläne in's Korn zu werfen und bauen auf die Hilfe ihrer auswärtigen Kollegen. Briefe u. s. w. man nach wie vor an N. Oode, Königstraße 65, senden.

Wandbeld. Der Tischlerstreik wird von der Lohnkommission vom 21. d. M. an als beendet erklärt. Sämtliche Streitende sind in Arbeit. Die Mehrzahl der Meister hat die Forderungen bewilligt.

Krahaltschalen. Hier befinden sich die Maurer in der Lohnbewegung. Sie verlangen eine Lohnerhöhung von 10 Prozent für die eine und 20 Prozent für die andere Kategorie der Gesellen. Wenn die Forderungen seitens der Meister nicht bewilligt werden, soll am 23. d. M. die Einstellung der Arbeit erfolgen. Zuzug ist fern zu halten.

Leipzig. Der Rüstherstreik dauert fort. Es wird erachtet, den Zuzug fern zu halten. — In Rochod und in Oldenburg befinden sich die Raser in der Lohnbewegung und wird es voraussichtlich zum Streik kommen. Es wird erachtet, den Zuzug nach beiden Städten fern zu halten.

— Da sich in Harburg, Elmhorn, Hensburg, Bremen, Halberstadt, Schwerin und Solingen die Tischler in der Lohnbewegung resp. im Streik befinden, so wird erachtet, den Zuzug nach diesen Orten fern zu halten.

Reichsbach i. Jhl. Die Arbeitseinstellung der Weber in Langenbalsam (firma Chr. Dierig) ist für die Arbeiter beendet. Wenn die Weber nicht so eilig gewesen wären, hätten sie den Erfolg nicht erzwungen. **Berlin.** Die Berliner Ragel-Schmiede sind seit dem 16. d. M. im Streik. Einzelne Meister haben die Forderungen bewilligt. Zu behaupten ist, daß ein Theil der Arbeiter sich dem Streik nicht angeschlossen hat. Von den Streikenden sind 10—12 Mann, welche Familienväter sind, zu unterrichten. Gelder und Briefe sind zu senden an W. Michle, Staligerstr. 132, Hof 2 Tr.

Breslau. Die Schmiede der Thomas'schen Fabrik, 30 an der Zahl, sämtlich Familienväter, haben die Arbeit eingestellt. Sie verlangen eine geringe Lohnverbesserung. Bisher betrug der Lohn für die Schürmeister 24—30 Pfg. pro Stunde, für Zuschläger 23 Pfg. bei 10stündiger Arbeitszeit, nach einem Wochenverdienst von 14,40—18,00 resp. 13,80 gleichem. Die verlangte Erhöhung beträgt 5 Pfg. pro Stunde. Außerdem wurde eine bessere Regelung der Akkordpreise gefordert. Die Direktion lehnte die Forderung ab und bemüht sich, auswärtige Arbeitskräfte heranzuziehen. Die Streikenden erluden daher dringend, den Zuzug fern zu halten.

Widau. Die hiesigen Maurer haben die Arbeit eingestellt. Sie verlangen 30 Pfg. Minimal-Stundenlohn.

In Zaananne in der Schweiz ist der Schuhmacherstreik beendet, lieber zu Ungunsten der Arbeiter, da der überwiegende Theil der Streikenden unermüdet und ohne Disziplin war.

— Zum Rasterstreik in Gera. Begünstigend auf den Kurus der Gefellenauschusses der Maurer Gera's isthen wir den Kollegen mit, daß in einer am 19. d. M. im Saale des Kronprinzen abgehaltenen öffentlichen Maurerverammlung, welche von etwa 1000 Personen besucht war, einstimmig der Beschluß gefaßt worden ist, daß, wenn die Meister die von den Gesellen gestellten Forderungen, als: 10stündige Arbeitszeit, sowie einen Stundenlohn von 35 Pfg. an 21. d. M. nicht bewilligen, die Arbeit am 22. d. M. auf sämtliche hiesigen Bauten einzustellen ist; der Streik ist also beschlossene Thatsache und bitten wir die Kollegen allerorts, den Zuzug nach hier fern zu halten, sowie unthätig zu unterrichten, damit wir den Kampf siegreich zu Ende führen können. Alle Briefe und sonstigen Sendungen sind an Karl Zander, Gera, Mittelstraße 1, zu richten. — Gera, den 20. April 1888. — Der Streikkomitee.

Aufruf

an alle Modelistiker Deutschlands.

Wichtige Kollegen!

Wir machen Euch die Mittheilung, daß in einer am Montag, den 8. d. M. abgehaltenen Versammlung sämtlicher Modelistiker von Hamburgs und Umgegend der Beschluß gefaßt wurde, folgende Forderungen an unsere Kollegen zu stellen. Einen Minimallohn von 40 Pfg. pro Stunde, für Ueberstunden bis Abends 10 Uhr 25 Pfg. für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Pfg. Diesen Forderungen haben sich unsere Kollegen in Altona und Itzchen angeschlossen. Modelistiker Deutschlands! die enorm hohen Wohnungs-Mietzen, sowie die durch den Zollanschlag bedingte Steigerung der Lebensmittelpreise machen es uns unmöglich, bei einem Durchschnittslohn von 35 Pfg. pro Stunde den hiesigen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Wir sind deshalb entschlossen, wenn uns unsere gerechten Forderungen nicht bewilligt werden, am Montag, den 30. April, die Arbeit niederzulegen. Kollegen! Unser Sieg ist auch der Eure; deshalb bitten wir dringend, um Eure Unterstützung, sowie den Zuzug fern zu halten.

Anfragen, Mittheilungen, sowie Unterstreichungen sind zu senden an die Lohn-Kommission im Klub-Zelal bei Herrn C. Wenzel, Elmhöfstraße 13, St. Pauli.

Mit Gruß

der Vorstand und d. Lohn-Kommission des Freundschafst-Klub der Modelistiker von Hamburg, Altona und Umgegend. N.B. Alle arbeitserwerblichen Zeitungen werden freundlichst ersucht, schriftlich hiervon Notiz zu nehmen.

Aus Stadt und Land.

Bant, 24. April. Der Vorschlag der Schulausicht Bant für das Schuljahr 1888/89 liegt bis zum 4. Mai beim Schulrathen Herrn Kaufmann C. Schmidt zur Einsicht aus. Einwendungen sind innerhalb dieser Frist beim Vorsitzenden des Schulvorstandes, Herrn Pastor Brunow, vorzubringen. — Die Dehung des Schulgeldes für das letzte Quartal des laufenden Schuljahres findet am 28. April, Nachm. von 1 bis 4 Uhr, in der Schule statt.

Bant, 24. April. Die am Sonntag Morgen in der „Germiahalle“ und am Montag Abend in der „Centralhalle“ abgehaltenen Proben der vereinigten Gesangsvereine von Bant verliefen äußerst befriedigend und wird der Chorgesang bei der Einweihungsfreier des neuen Friedhofes voraussichtlich einen recht günstigen Eindruck machen. Die Einweihung findet morgen Mittwoch, Nachmittags 2 Uhr 30 Min., statt. Der Erzie, der auf der Kuhstraße seinen Platz findet, ist der im jugendlichen Alter von 21 Jahren verlorbene Tischler Graf.

Wilhelmshaven, 24. April. Wie wir erfahren, findet die „Versammlung des Gauervereins der Raser“ nicht, wie im Veranlassungsalender angegeben, am Sonnabend, sondern am Mittwoch, den 25. d. M., bei Gemmen im Hof von Oldenburg statt.

— Wir haben in der Nr. 43 uneres Blattes den Rechnungsabluß der „Allgemeinen Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter“ (E. D. 29, Hamburg) für das Jahr 1887 veröffentlicht und wollen im Anschluß daran im nachfolgenden einen kurzen Ueberblick über den Stand der hiesigen Pflanze geben. Bei der hiesigen Wilhelmshaven der „Allgem. Kr. u. St.-A. der Metallarb.“ betrug die Mitgliederzahl Ende 1887 31 gegen 22 im Vorjahre. Aus dem Vorjahre wurde ein Kassenbestand von 30,36 Mark übernommen. Die Einnahme betrug 576,06 Mark. Es gingen ein: Beitrittsgebühren 27,30 Mark, Beiträge 516,36, für Proteste 1,20 Mark, sonstige Einnahmen 31,20 Mark. Die Ausgabe betrug 436,71 Mark. Es wurden verausgabt: an Krankengeld 301,95 Mark, Krankengeld an Angehörige der Mitglieder 13,65 Mark, für ärztliche Behandlung 11 Mark, für Heilmittel und sonstige Heilmittel 6,61 Mark, Verwaltungskosten u. 12,20 Mark, sonstige Ausgaben 1,30 Mark. Es verblieb eine Recheinnahme von 139,35 Mark, dazu Kassenbestand vom Jahre 1886 in Höhe von 30,36 Mark wurde einen Kassenbestand von 169,71 Mark ergeben. Davon wurden an die Hauptfasse abgeliefert 124 Mark; am Orte behalten 45,71 Mark. Beitrittsverklärungen nimmt der Bevollmächtigte Herr D. Ignatius, Grenzstraße, Neubremen, entgegen. Der Kassirer ist Herr F. Witz, Kafenstraße 1.

Bremen, 22. April. Der ehemalige amerikanische Minister Carl Schurz, welcher vorige Woche in Bremerhaven landete, ist zum Besuch seiner Verwandten nach Hamburg weitergereist.

Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Erleichterung der Volksschullasten in Preußen

lautet nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses:

§ 1. Zur Erleichterung der nach öffentlichen Rechte zur Unterhaltung der Volksschulen Verpflichteten ist aus der Staatskasse ein jährlicher Beitrag zu dem Dienstentlohn der Lehrer und Lehrertinnen an diesen Schulen zu leisten. Die Höhe dieses Beitrags wird so bemessen, daß die Stelle 1) eines einlehnlichen, sowie eines ordentl. Lehrers 400 Mark, 2) eines jeden weiteren ordentlichen Lehrers 200 ein ordentlichen Lehrerin 150 Mark, 3) eines Hülfslehrers oder einer Hülfslehrerin 100 Mark besteht. Bei der Berechnung kommen nur voll beschäftigte Lehrkräfte in Betracht. Darüber, ob eine Lehrkraft voll beschäftigt ist, entscheidet ausschließlich die Schulaufsichtsbehörde.

Der Staatsbeitrag ist an diejenige Klasse, aus welcher die Lehrerbildung besitzten wird, vierteljährlich im Voraus zu zahlen. Derselbe dient zur Befreiung folgender von den zur Unterhaltung der Volksschulen nach öffentlichen Rechte Verpflichteten zu gewährenden Leistungen:

- 1) des baaren Theils des Dienstentlohnens der Lehrer einschließlich der Aufwendungen für nicht voll beschäftigte Lehrkräfte, insofern er hierzu nicht erforderlich ist,
- 2) des anderweitigen Dienstentlohnens einschließlich der Aufwendungen für Dienstwohnung, Feuerung und Heizkosten, sowie des Dienstentlohnens, mit Rücksicht jedoch der Aufwände. Dabei sollen Leistungen, welche auf Umlagen beruhen, vor sonstigen Leistungen berücksichtigt werden.

Das Recht auf den Bezug des Staatsbeitrages ruht, so lange und so weit durch dessen Zahlung eine Erleichterung der nach öffentlichen Rechte zur Schulunterhaltung Verpflichteten bezüglich der von ihnen durch das Dienstentlohn von Lehrern und Lehrertinnen an Volksschulen (§ 2) zu tragenden Lasten mit Rücksicht auf vorerwähnten Vermögens nicht würde beeinträchtigt werden.

Die Erhebung eines Schulgeldes bei Volksschulen findet fortan nicht statt. Nicht ausgeschlossen wird durch diese Vorschrift die Erhebung eines Schulgeldes:

- 1) für solche Kinder, welche innerhalb des Bezirkes der von ihnen besuchten Schule nicht einbürgert sind;
- 2) bei einzelnen Schülern, deren Unterrichtsziele über die zur Erfüllung der allgemeinen Schulpflichtigkeit vorgeschriebenen Anforderungen nicht hinausgehen, wenn alle schulpflichtigen Kinder des Schulbezirks, für welche die Aufnahme in eine solche Schule nicht nachgeprüft wird, in einer schulpflichtigen Schule des Bezirkes Aufnahme finden. Der Staatsbeitrag (§ 1) wird für Lehrertinnen an solchen Schulen nicht gezahlt; im Uebrigen aber gelten dieselben als Volksschulen im gesetzlichen Sinne.

Außerdem kann bei Volksschulen, bei denen der durch Aufhebung des Schulgeldes entstehende Ausfall durch den Staatsbeitrag (§ 1) oder weitere dafür zu gewährenden Staatsbeiträgen nicht gedeckt wird, die einstufige Fortbildung von Schülern mit Genehmigung der Volksschulen des Kreisaußschusses, bei Staatskosten des Kreisaußschusses stattfinden, wenn anderwärts eine erhebliche Vermehrung der Communal- oder Schulgaben eintreten möchte. Der Gesamtbeitrag des hienach fortzubehaltenden Schulgeldes darf jedoch die an der Deduktion fehlende Summe nicht übersteigen, und von fünf zu fünf Jahren ist zur Weitererhebung eine erneute Genehmigung erforderlich. In den Provinzen Posen und Schleswig-Vollstein ist bis zu dem in dem § 155 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1887 (Gesetzsammlung Seite 195) bezeichneten Zeitpunkt für die Genehmigung der Volksschulen der Landrath, bei Stadtschulen der Regierungspräsident zuständig. § 5 ist ohne wesentliche Bedeutung.

Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. Octbr. 1888 in Kraft. Mit demselben Zeitpunkt treten die Vorschriften der §§ 1 bis 3 des Gesetzes vom 29. Juli 1837, die Theilnahme der Landesfasse an den Kosten des Volksschulunterrichts betreffend (Sammlung der Gesetze und Verordnungen für das Fürstenthum Hohenzollern-Sigmaringen, Band IV, Seite 534), und des § 2 der Verordnung vom 18. Februar 1843, die Erhebung der Normalgebühren für die Schullehrer und Provisoren betreffend (a. a. O. Band IV, Seite 339), außer Kraft.

Der erste Satz im Artikel 25 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 (Gesetzsammlung Seite 17) wird infolgedessen abgeändert, daß die Beschlüsse des Staates im Umlage und für die Dauer des gegenwärtigen Gesetzes auch dann eintreten kann, wenn der Fall des nachgewiesenen Unvermögens nicht vorliegt.

Denksprüche.

Ein Schult bild' sich noch was drauf ein, Ein niederrühriger Hund zu sein, Macht Du ihn aber lächerlich, Dann schämt er wie ein Hund sein.

Man kann im Dingen Mühe tragen Und doch mit Keulen D'runter schlagen.

200 Verkauf. 31

Für Rechnung Dessen, den es angeht, werde ich am

Freitag, den 27. d. M.,

Nachm. 2 Uhr anfangend, im Vater'schen Saale zu Neubremen öffentlich meistbietend auf übliche Zahlungsfrist verkaufen:

2 Sopha's, 1 Sophatisch, 2 Kleiderschränke, 1 großen do., 2 Küchenschränke, 4 Hochstühle, 1 Spiegel mit Konsole und Marmorplatte, 2 kleinere do., 1 Regulator, 2 Taschenuhren, 1 Waschtisch, 1 Kinderwagen, 1 Bettstelle, 1 do. mit Matratze, 1 Kinderbettstelle, 4 Gardinenstangen und sonstige hier nicht genannte Gegenstände. Heppens, 21. April 1888.

H. Meiners.

Sämmtliche Holzwaaren

für den Haushalt, Bürstenwaaren und Matten billigt bei

B. Grashorn,

Wilhelmshaven. Bant.

Londoner Phönix, Feuer- & Lebensversicherungs-Societät, gegründet 1782.

Aufnahmen vermittelt: A. Carstens, Bant, Lindenstraße 10.

G. Lindemann, Schneidermeister, Zever, 15 empfiehlt sich zu allen in der Herrenbekleidung vorkommenden Arbeiten.

Muster-Auswahl in ca. 1000 Dessins von den billigsten bis zu den allerfeinsten Waaren. Billige Preise, streng reelle Bedienung.

St. Johanni-Brauerei zu Wilhelmshaven.

Dunkles Export-Bier in Gebinden von 10 Liter an per Liter 26 Pfg., in 1/2 Liter-Flaschen 26 Stück 3 M., Feinstes helles Lagerbier in Gebinden von 10 Liter an per Liter 20 Pfennig. in 1/2 Liter-Flaschen 33 Stück 3 M. Aufträge für uns nimmt auch Herr Joh. Arndt in Bant entgegen und werden dieselben prompt ausgeführt.

Die Uhrenhandlung von

August Frisse, Noontstraße, Wilhelmshaven empfiehlt ihr reichhaltiges Lager in Berlques; Uhrschlüssel, Medaillons, Compassen sowie in goldenen und silbernen, Ealmit- und Nickel-Uhrketten.

Großartige Auswahl. Neueste Facons. Solide Preise.

Prima schott. Voll-Heringe 3 Stück für 10 Pf.

H. Begemann, Bant.

Zwei junge Leute können gute Logis erhalten. Grenzstraße Nr. 16.

Um mit meinem großen Lager Manufactur-Waaren etwas zu räumen und neuen Sendungen Platz zu schaffen, verkaufe bis auf Weiteres mit 10 pCt. Rabatt. Bant. H. Begemann.

Fertige Betten, Bettfedern und Daunen, Inletts, Bettbezüge, Bettuchleinen, Handtücher, 54



in nur guter solider Waare, zu reellen billigen Preisen. Fachkenntnis dieser Branche wie auch Bezugsquellen 1. Klasse setzen mich in Stand, jeder, wenn auch noch so pomphaft respektive schreiend angekündigten Konkurrenz begeben zu können. Wie bisher, so wird auch jetzt und immer mein Geschäftsprinzip sein: **Reelle Waaren zu reellen Preisen.** Ad. Schwabe, Belfort.

Die Buchdruckerei von F. Kühn Bant-Wilhelmshaven, Adolfstraße 1 empfiehlt sich zur Anfertigung von Druckarbeiten jeder Art als: Rechnungen, Quittungen, Formulare, Tabellen, Cirkulare, Etiquettes, Adresskarten, Visitenkarten, Einladungskarten, Mitgliedskarten, Couverts, Briefbogen, Preis-Courants, Statuten, Programme, Festzeitungen, Placate, u. s. w. Gute und geschmackvolle Ausführung bei angemessenen Preisen.

Wir empfehlen unser sehr feines helles Lager-Bier in Flaschen 33 Stück für 5 Mark, in Fässern von 10-100 Liter 21 Mark frei in's Haus, 24 Flaschen Kaiserbräu 3 M., per Liter 25 Pf. Brauerei Frisia, Filiale Wilhelmshaven.

Frister & Rossmann's Nähmaschinen sind die besten Maschinen für Familiengebrauch und Gewerbe. Garantie für feinsten Stich, geräuschloser Gang, größte Dauerhaftigkeit, die wichtigsten reibenden Theile sind aus Stahl geschmiedet, nicht gegossen, neueste Verbesserungen, feinste und geschmackvollste Ausstattung. Abschlagszahlung gestattet, bei Baarzahlung Rabatt. Chr. Goergens, Noontstraße 84a.

Den Herren Restaurateuren Hug „Zur Arche“ und Schmidt „Zum Rathhause“ haben wir den Verkauf unserer ff. Rums, Arracs, Bunschessenzen, Extracte sowie Weine und feine Liqueure übergeben und werden dieselben zu Engros-Preisen abgegeben. Gebr. Mencke, Wilhelmshaven.

Für Maler empfehle sämtliche Farbwaaren trocken und in Del gerieben, Lacke, Firniß u. Pinsel zu billigsten Engros-Preisen. H. Begemann, Bant. 30 Scheffel allerbeste Pflanzkartoffeln hat billig abzugeben Lübben, Bant, am Marktplat. Roggenlangstroh F. Janssen, Ropphörn.

Bei Renovierung der Wohnräume empfehle meine Original-Misch-Farben in allen Nuancen als: Frankf. Schwarz, Ultram. Blau, Berl. Blau, Ocker, Grün, Engl. Roth, Umbra, Zinnober u. s. w. Schlemmfreie zu billigstem Preise. R. Schöpke, Tonndiech.

Empfehle: Ein Blick in die neue Welt von W. Liebknecht. Elegant gebunden 3 Mart. Die Neue Zeit 1887. Elegant gebunden 8 M. Internationale Bibliothek: 1. Die „Darwin'sche Theorie“, elegant gebunden 2 M. 2. „Marx's ökonomische Lehren“, elegant gebunden 2 M. 3. Köhler, Welterschöpfung und Weltuntergang, elegant gebunden 2 M., 50 Pf. 4. „Die ländliche Arbeiterfrage“, elegant gebunden 1 M., 50 Pf. 5. „Thomas More und seine Utopien“, elegant gebunden 2 M., 50 Pf. Die Expedition der „Nordd. Volksbl.“ F. Kühn.

Empfehle mein reines Malz-Extract als diätetisches Nähr- und Heilmittel. Dasselbe ist von ärztlichen Autoritäten empfohlen in allen Schwächezuständen sowie für Rekonvaleszenten und Kinder. Dasselbe zeichnet sich nach der Analyse des Dr. Skalweit zu Hannover (welche im Original bei mir eingesehen werden kann) vor andern ähnlichen Präparaten sowohl durch Reinheit als durch großen Nährwerth aus. Bant. G. Wessel.

Einem geehrten Publikum empfehle ich zum Anziehen mein Kollfuhwerk angelegentlich unter Berechnung billiger Preise und prompter Bedienung. Fritz Laue.

Die Bier-Niederlage von G. Endelmann Königsstraße 47, empfiehlt Fass- und Flaschenbier aus der Brauerei von Th. Fetzlöder in Zever, 33 Flaschen 3 Mart. Dortmunder Aktienbier, 20 Fl. 3 M. Bayerisch Bier aus der Brauerei von Franz Erich, Erlangen, 20 Fl. 3 M. Selterwasser eigener Fabrik. Harzer Königsbrunnen. Wiederverkäufer Rabatt.

Bürgerverein Neubremen. Die Mitglieder sammeln sich zur Theilnahme an der Einweihung des neuen Friedhofes am Mittwoch, den 25. April, Nachmittags 4 1/2 Uhr vom Trauerhause, Oldenburgerstr. 26, aus nach dem neuen Friedhofe statt. Der Vorstand.

Central-Arranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (e. S.) Todes-Anzeige. Die Beerdigung unseres verstorbenen Mitgliedes Paul Graf findet am Mittwoch, den 25. April, Nachmittags 4 1/2 Uhr vom Trauerhause, Oldenburgerstr. 26, aus nach dem neuen Friedhofe statt. Um reichliches Erscheinen bittet Der Vorstand.